2026/37 Ausland

https://jungle.world/artikel/2026/37/der-stellvertreterkonflikt-brodelt

Übergangsprozess in Syrien

Der Stellvertreterkonflikt brodelt

von **Manuel Störmer**

Die USA und die EU haben die meisten Sanktionen gegen Syrien nun aufgehoben. Nach der Integration der kurdischen Gebiete bleibt nur noch ein von Israels Schutz abhängiges autonomes Gebiet in Südsyrien außerhalb der Kontrolle des syrischen Staates.

Die Isolation Syriens ist beendet: Am Montag vorvergangener Woche strichen die USA Syrien von der Liste der »State Sponsors of Terrorism«, der staatlichen Förderer des Terrorismus, auf der das Land seit 1979 verzeichnet war. Damit endeten auch die letzten US-Wirtschaftssanktionen gegen das Land auf. Zuvor hatte die USA auch die Einstufung des pragmatischen Übergangspräsidenten Ahmed al-Sharaa als »specially designated global terrorist« zurückgenommen und seine einst von al-Qaida abgespaltene sunnitisch-islamistische Miliz Hayat Tahrir al-Sham (HTS) von der Liste der »foreign terrorist organizations« gestrichen. Damit ist auch das US-Waffenembargo gegen Syrien aufgehoben. Lediglich individuelle Sanktionen gegen hochrangige Verantwortliche des Ende 2024 gestürzten Assad-Regimes sowie gegen Drogenschmuggler und islamistische Terrororganisationen bleiben in Kraft.

Ähnlich sieht es bei der Europäischen Union aus. Die allermeisten Wirtschaftssanktionen gegen Syrien hob die EU im Mai 2025 auf, die meisten Sanktionen gegen den syrischen Staat ein Jahr später. Die noch bestehenden EU-Sanktionen betreffen lediglich einzelne Personen, Unternehmen und Organisationen oder verbieten den Export von Waffen und Überwachungstechnologie nach Syrien sowie den Import und Schmuggel von Kulturgütern aus dem Land.

> Das Übergangsparlament Syriens hat seit Juli nur formale Entscheidungen wie die über eine Geschäftsordnung getroffen.

Al-Sharaa dankte daraufhin US-Präsident Donald Trump für die Streichung Syriens von der Terrorliste. Finanzminister Mohammed Yisr Barnieh bezeichnete es als »Erfolg für die syrische Diplomatie« und damit als Erfolg seiner Regierung.

Die Wirtschaft des im Bürgerkrieg von 2011 bis 2024 völlig zerstörten Landes liegt jedoch weiterhin am Boden. Die ohnehin hohe jährliche Inflationsrate ist im Zuge des Iran-Kriegs noch einmal um nahezu 30 Prozentpunkte gestiegen, was auch am schwachen Wechselkurs der

syrischen Währung erkennbar ist: Zurzeit kostet ein Euro etwa 15.000 Syrische Pfund. Der Wiederaufbau kommt aufgrund knapper staatlicher Gelder nur langsam voran, die Sicherheitslage verbessert sich zwar, ist aber weiterhin instabil. Viele Waffen sind noch im Umlauf, Gewaltverbrechen sind angesichts der Schwäche der Behörden weiterhin häufig.

Kurden und Drusen

Der syrische Staat hat die nordöstlichen Regionen, **die von einer Selbstverwaltung der kurdisch dominierten Syrian Democratic Forces (SDF) kontrolliert wurden, mit Waffengewalt und einem Abkommen offiziell in das Staatswesen eingegliedert**. Mazloum Abdi, der ehemalige Kommandeur der inzwischen in die Armee integrierten und aufgelösten SDF, ist nun Berater des syrischen Präsidenten. Im Gegenzug erklärte Syriens Regierung das kurdische Neujahrsfest Newroz zu einem offiziellen Feiertag und die kurdische Sprache zu einer anerkannten Nationalsprache.

Mit der um einen Vulkanberg gelegenen Provinz Suwayda im Süden Syriens gibt es jedoch noch ein Gebiet, das dem Zugriff der Zentralregierung entzogen ist und einem Bündnis lokaler Milizen untersteht. Die große Mehrheit der Bevölkerung der Provinz gehört der religiösen Minderheit der Drusen an. Viele Stämme und religiöse Würdenträger der Region hatten relativ gute Beziehungen zum Assad-Regime und verhielten sich während des Bürgerkriegs eher passiv oder bildeten eigene Milizen, die ihre Dörfer gegen islamistische Gruppen wie den IS verteidigten. Einige der Milizen **stiegen auch in den vom Assad-Regime und der Hizbollah betriebenen Schmuggel mit der synthetischen Droge Captagon ein**.

> Die Bewohner der isolierten Region halten sich seitdem mit humanitärer Hilfe, auch aus Israel, und mit Captagonschmuggel nach Jordanien über Wasser.

Erst ab 2020 wandten sich die drusischen Stämme, Würdenträger und Milizen von Assad ab und beteiligten sich Ende 2024 dann auch am Sturz des Regimes. Eine Übereinkunft mit der -syrischen Übergangsregierung scheiterte zunächst und diese versuchte im Juli 2025, die Region militärisch einzugliedern. Nach schweren Konflikten und Kriegsverbrechen gegen Drus:innen intervenierte die israelische Armee (IDF) auf Seiten der drusischen Milizen. **Syriens Streitkräfte mussten sich zurückziehen und einen Waffenstillstand und damit eine faktische Autonomie der Region akzeptieren**. Spätestens seitdem dominiert der drusische religiöse Würdenträger Hikmat al-Hijri mit Hilfe eines Milizenbündnisses, das sich »Nationalgarde« nennt, und einer ihm loyalen Übergangsregierung das Gebiet, das al-Hijri nun »Berg Bashan« nennt, einer biblischen hebräischen Bezeichnung. Die Bewohner der isolierten Region halten sich seitdem mit humanitärer Hilfe, auch aus Israel, und mit Captagonschmuggel nach Jordanien über Wasser. Der Waffenstillstand mit der syrischen Armee wird immer wieder gebrochen, zudem geht die »Nationalgarde« repressiv gegen drusische Kritiker:innen al-Hijris und seines Kurses vor.

Die Versuche der syrischen Übergangsregierung, unter internationaler Vermittlung ein Sicherheitsabkommen mit Israel auszuhandeln, scheiterten infolge der Geschehnisse in Suwayda bislang. Syrien möchte eine Rückkehr zum Entflechtungsabkommen von 1974, das nach dem Yom-Kippur-Krieg 1973 vereinbart worden war, und einen Abzug der IDF aus der Ende 2024 besetzten UN-Pufferzone zwischen Syrien und den von Israel kontrollierten syrischen

Golanhöhen. Die israelische Regierung lehnt einen Abzug jedoch ab. Belastet werden die israelisch-syrischen Beziehungen zudem vom Konflikt zwischen der Türkei und Israel. Am 18. August griffen die IDF unter Verweis auf militärische Aktivitäten der Türkei die nordsyrische Luftwaffenbasis Abu al-Duhur an, verbunden mit der Warnung, dass man eine Stationierung türkischer Truppen in israelischer Grenznähe als Verletzung türkisch-israelischer Absprachen betrachte.

Zuletzt stockte auch der Übergangsprozess. Das **nur indirekt gewählte und teils vom Präsidenten ernannte Übergangsparlament Syriens, die Volksversammlung**, trat am 12. Juli erstmals zusammen, konnte seitdem jedoch nur formale Entscheidungen wie die über eine Geschäftsordnung treffen. Präsident al-Sharaa regiert weiterhin per Dekret auf Grundlage einer von ihm erlassenen Übergangsverfassung. Durch die Aufhebung westlicher Sanktionen - verschwindet ein Druckmittel gegen den syrischen Präsidenten.

© Jungle World Verlags GmbH